

Rezensionen

Benjamin Selwyn: *The Global Development Crisis*. Cambridge & Malden, MA: Polity Press 2014, 224 Seiten

Für lange Zeit schienen marxistische Varianten der Entwicklungstheorie auf dem Abstellgleis der Geschichte angekommen zu sein. Dass aber die seit einiger Zeit wieder in einem gewissen Aufwind befindliche marxistische Tradition nach wie vor wertvolle Beiträge zu zeitgenössischen entwicklungstheoretischen und -politischen Debatten zu leisten hat, stellt der vorliegende Band unter Beweis. Er versammelt im Wesentlichen Essays, die der Autor in den vergangenen Jahren in verschiedenen Zeitschriften veröffentlicht hat. Im Hauptteil des Buches setzt sich Benjamin Selwyn in insgesamt sechs Kapiteln mit prägenden Denkern der Entwicklungstheorie vom 19. bis ins 21. Jahrhundert auseinander. Thematisch eingeklammert werden diese Diskussionen einerseits durch Vorüberlegungen zur „globalen Entwicklungskrise“ und andererseits durch die programmatische Reformulierung des Entwicklungsbegriffs als „arbeitszentrierte Entwicklung“ (*labour-centred development*), welche zugleich das Fazit des Buches bildet.

Worin aber besteht nun nach Selwyn die besagte globale Entwicklungskrise? Ausgangspunkt für seine Überlegungen ist die (leider eher offensichtliche) Feststellung, dass die Welt trotz jahrzehntelanger politischer Bemühungen um „Entwicklung“ von einem erschreckenden Gegensatz zwischen Reichtum und Armut geprägt ist. Für den Fortbestand dieses augenscheinlich paradoxen

Zustandes macht der Autor die politisch geprägten Defizite in den dominanten Spielarten des Entwicklungsdenkens – liberal und staatszentriert – mitverantwortlich. Beiden gemein sei ein „residueller“ Diskurs, der Armut als Überbleibsel fehlgeleiteter Entwicklungsprozesse auffasse. Demgegenüber spricht sich Selwyn in Anknüpfung an Henry Bernstein für eine „relationale“ Konzeption aus, die Armut und Reichtum als zwei Seiten einer Medaille im globalen Kapitalismus versteht. Dies anzuerkennen und das Entwicklungsverständnis dementsprechend auf die globale ArbeiterInnenklasse und ihre Möglichkeiten auszurichten, im und – potenziell – über den Kapitalismus hinaus Verbesserungen in ihren Lebensumständen durchzusetzen, sind für Selwyn Grundvoraussetzungen, um die globale Entwicklungskrise zu überwinden (Kapitel 1). Im Zentrum steht die kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit wichtigen und in ihrem jeweiligen Kontext progressiven Vertretern liberalen (Joseph Schumpeter, Amartya Sen), staatszentrierten (Friedrich List, Alexander Gerschenkron, Karl Polanyi) und marxistischen (Karl Marx, Leo Trotzki) Entwicklungsdenkens. Es geht dem Autor darum, systematisch zu ergründen, welche Schwächen diesen theoretischen wie praktischen Entwürfen innewohnen, aber auch, welche Beiträge sie jeweils zur Rekonzeptualisierung von Entwicklung erbringen können.

Selwyns Lektüre von Friedrich List – dem deutschen Vordenker eines entwicklungspolitisch begründeten Protektionismus – zielt dementsprechend vor allem auf dessen Rezeption im modernen

entwicklungsstaatlichen Diskurs. Er kritisiert, dass dieser die Rolle des Staates in einem übermäßig rosigen Licht zeichne und seine Bedeutung für die Organisation der kapitalistischen Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse verkenne oder sogar bewusst verschleierte (Kap. 2). Deutlich positiver fällt erwartungsgemäß seine Diskussion des entwicklungstheoretischen Beitrags von Marx aus: Zum einen verteidigt Selwyn Marx gegen eine Interpretation, die ihn als eurozentrischen, modernisierungstheoretischen Entwicklungsdemokrat darstellt; zum anderen würdigt er ihn auch als wichtigsten Urheber einer grundlegenden Denkweise, die die Bedeutung von Klassenbeziehungen und -kämpfen für Entwicklungsprozesse hervorhebe und dabei klar Partei für die ArbeiterInnenklasse ergreife (Kap. 3).

Der Kontrast zwischen staats- und arbeitszentrierter Entwicklungstheorie steht auch bei Selwyns Vergleich der Konzeptionen „ungleicher und kombinierter Entwicklung“ von Alexander Gerschenkron und Leo Trotzki im Vordergrund. Wo ersterer letztlich im Sinne der Autonomie und Durchsetzungsfähigkeit des Staates der Unterdrückung der organisierten ArbeiterInnenklasse das Wort rede, sei die Konzeption von letzterem gerade insofern überlegen, als dass sie die Bedingungen „nachholender Entwicklung“ im Kontext einer Klassenanalyse verorte. Einfach ausgedrückt: inwieweit solche Prozesse zur Überwindung der globalen Entwicklungskrise beitragen, hänge davon ab, was die ArbeiterInnenklasse in diesem Rahmen durchsetzen könne, nicht von etwaigen Wohltaten des Staates, den man möglichst ungestört schalten und walten lassen solle (Kap. 4).

Selwyn würdigt wiederum den liberalen Vordenker Joseph Schumpeter vor

allem für die Idee der „kreativen Zerstörung“, welche die nicht-lineare Natur und die potenziell destruktiven Konsequenzen von Entwicklungsprozessen im Kapitalismus hervorhebe. Er fordert allerdings eine marxistische Neufassung des Konzepts, welche einerseits die global ungleichen Auswirkungen kreativer Zerstörung und andererseits deren Klassendimensionen stärker berücksichtigen müsse, als dies bei Schumpeter der Fall sei (Kap. 5). Den zentralen entwicklungstheoretischen Beitrag von Karl Polanyi und seiner Theorie einer „Doppelbewegung“ kapitalistischer Entwicklung (im Sinne fortwährender Zyklen von staatlich-institutioneller Einhegung und Entbettung des Marktgeschehens) sieht Selwyn vor allem in der Kritik des liberalen Wirtschaftsdenkens und der Fortführung der Debatte über „große Transformationen“ begründet. Gleichzeitig kritisiert er Polanyi für dessen unscharfes Verständnis von Klassen- und Ausbeutungsverhältnissen im Kapitalismus und seine in der Folge vagen Vorstellungen zum Sozialismus (Kap. 6). Auch Amartya Sen's Konzept von „Entwicklung als Freiheit“ findet Selwyns Lob, handele es sich doch um eine im Vergleich zur herkömmlichen ökonomischen Engführung notwendige multidimensionale Rekonzeptualisierung des Entwicklungsbegriffes. Allerdings gelinge es Sen nicht, selbige in praktischer Hinsicht angemessen einzufassen: Dieser vertraue auf den Staat und ignoriere die Frage der ungerechten Verteilung von Macht und Wohlstand weitgehend. Stattdessen bedürfe es einer Hinwendung zur Bedeutung der Kämpfe der organisierten ArbeiterInnenklasse (Kap. 7).

Ein Entwicklungsverständnis, das an eine solche Konzeption anknüpft,

systematischer auszuarbeiten, ist Gegenstand des letzten Kapitels. Folgendes Zitat veranschaulicht knapp die Essenz von Selwyns Entwurf: „Eine alternative, arbeitszentrierte Konzeption von Entwicklung [...] sähe, erstens, Politiken und Strategien von Kapital und Staat als Ergebnisse von und Antworten auf die dialektischen Klassenbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Zweitens betrachtete sie solche Handlungen aus der Perspektive der ArbeiterInnenklasse, zum Beispiel in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung der ArbeiterInnen. Drittens schlug sie sich theoretisch wie politisch auf die Seite der ArbeiterInnenklasse, indem sie zum Beispiel mögliche Schwächen von Staat und Kapital identifiziert, welche ArbeiterInnen zur Verbesserung ihrer menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten nutzen könnten“ (185, Übers. d.A.).

In der Gesamtschau handelt es sich bei *The Global Development Crisis* um ein überaus gelungenes Buch und eine in der derzeitigen Konjunktur hochwillkommene Intervention in entwicklungstheoretische und -politische Debatten. Freilich bleibt der Entwurf eines marxistischen, arbeitszentrierten Entwicklungsverständnisses, den Selwyn den progressiven liberalen und staatszentrierten Perspektiven entgegensetzt, auf einer eher abstrakt-programmatischen Ebene stehen und wird lediglich mit einigen Forschungsskizzen aus seiner eigenen Arbeit unterfüttert. Hier gälte es also anzuknüpfen und das so umrissene Forschungsprogramm weiter auszubauen. Zudem kommt es bei der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Autoren zur Wiederholung grundlegender Argumente („It's class struggle, stupid!“). Dennoch

bleibt es ein großes Verdienst Selwyns, diese Auseinandersetzung überhaupt gesucht und in einer derart nuancierten Weise durchgehalten zu haben. Denn die ernsthafte Diskussion über theorieparadigmatische Grenzen hinweg bleibt im entwicklungspolitischen Schlachtengetöse nur allzu oft auf der Strecke. Dem Buch ist daher eine zahlreiche und interessierte LeserInnenschaft zu wünschen.

Matthias Ebenau

Sarah Bormann; Jenny Jungehülsing; Shuwen Bian; Martina Hartung & Florian Schubert (Hg.): *Last Call for Solidarity. Perspektiven grenzüberschreitenden Handelns von Gewerkschaften*. Hamburg: VSA 2015, 224 Seiten

Der gewerkschaftliche Gebrauch des Wortes Solidarität zeichnet sich durch seine Ambivalenz aus. Grundlegende Klarheit brachten auch nicht die vielen Fallstudien seit der Jahrhundertwende, die analysierten, warum es irgendwo zu grenzüberschreitender Solidarität unter Gewerkschaften gekommen ist – oder eben nicht. Der Begriff „Solidarität“ selbst blieb zumeist unbestimmt. Auch in der Praxis stelle ich fest, dass die deutsche Gewerkschaftsbewegung den Ausdruck wie eine Monstranz vor sich herträgt, damit allerdings die Krise gewerkschaftlicher Handlungsmacht eher kaschiert als erhellt. In diesem Zusammenhang sehe ich den besonderen Beitrag des vorliegenden Tagungsbands in dem Versuch, Solidarität als analytische Kategorie stark zu machen und in einem transnationalen Kontext anzuwenden.

In ihrem Vorwort schreiben die Herausgeberinnen und der Herausgeber,

keine andere Kategorie befasse sich „mit der Fähigkeit von Menschen, unmittelbare kurzfristige Selbstinteressen zugunsten langfristiger Ziele zurückzustellen“ (8). In dem Buch ist von einer spezifischen Form der Solidarität die Rede, der gewerkschaftlichen Kampfsolidarität, die den Analysen eine politische Stoßrichtung gibt: „Das utopische beziehungsweise transformatorische Moment der Solidarität besteht in der empirisch begründeten Fähigkeit von lohnabhängig Beschäftigten, nicht die Konkurrenz, aber das Konkurrenzdenken aufzubrechen“ (8). Diese Zielsetzung ergibt sich jedoch nicht aus den vorliegenden Analysen. Dies ist aus meiner Sicht die bedeutendste Schwachstelle des Buches: Es vernachlässigt den normativen und politischen Gehalt des Solidaritätsbegriffs.

Gleichwohl ist es ein Verdienst des Buches, die begriffliche Debatte zur gewerkschaftlichen Solidarität überhaupt anzustoßen. Die Beiträge sind von einer multidisziplinären Gruppe von Wissenschaftler_innen verfasst, wobei das Schwergewicht auf humangeographischen und politikwissenschaftlichen Ansätzen liegt. Besonders gelungen ist m.E. der Einleitungsbeitrag von *Sarah Bormann & Jenny Jungehülsing*: Die Autorinnen kämpften sich mit Gewinn durch die Literatur zu sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen und erarbeiten den Begriff der Solidarität anhand eines prozessualen Verständnisses von Interesse und (kollektiver) Identität. „Solidarität ist nicht als a priori existierende (oder nicht existierende) Geisteshaltung bzw. Einstellung zu verstehen, sondern wird vielmehr durch diskursive Deutungen sowie kollektive Praktiken hergestellt und muss

permanent reproduziert werden“ (17). Bormann & Jungehülsing halten nicht an einem objektiven Interessenbegriff fest und verweisen auf Claus Offe & Helmut Wiesenthal, die bereits 1980 darstellten, wie die vielfältigen Identitäten und Interessen als Lohnabhängige, Anwohner_innen, Verbraucher_innen usw. in einer einzigen Person in Konflikt geraten können. Ein Schlüssel zum weiteren Verständnis der Beiträge, ist die Erkenntnis über das komplexe Interessenhandeln von Beschäftigten, die „sich sowohl gegen ihre Ausbeutung wehren als auch darauf angewiesen sind, ausgebeutet zu werden“ (20).

Humangeographische und politikwissenschaftliche Aufsätze begreifen Solidarität als einen Prozess, der in einer Geographie der vernetzten Orte und Institutionen eingeschrieben ist, z.B. in den Fallstudien zu transnationalen Korporationen und Produktionsnetzwerken (*Andrew Herod*), globalen Rahmenvereinbarungen (*Michael Fichter*), europäischen Betriebsräten (*Nina Knirsch*) und migrantischen Netzwerken (*Valerie Francisco, Jenny Jungehülsing*). Eindrucksvoll stellen Beiträge wie die von *Stefanie Hürtgen* und von *Sarah Bormann* dar, dass Gewerkschafter_innen nicht in einigen Situationen schlicht „lokal“, in anderen „national“ und manchmal auch „transnational“ handeln. Stattdessen müssen gewerkschaftliche Handlungen in einem multi-skalaren Kontext verstanden werden, d.h. sie erfordern Analysen, wie sich Handlungen auf verschiedene räumliche Ebenen beziehen. In diesem Zusammenhang sind also „gute Absichten“ nicht ausreichend, sondern Vermittlungen unter den Akteur_innen mit ihren unterschiedlichen verräumlichten Strategien unabdingbar. Wie auch

Andrew Herod in seiner Analyse globaler Produktionsnetzwerke darlegt, bedeutet diese aus der kritischen Geographie stammende Analyse eine Absage an Vorstellungen über die Machtlosigkeit Beschäftigter angesichts eines vermeintlich hyperflexiblen Kapitals.

Interessant finde ich die thematische Breite der Fallbeispiele über Solidaritätspraktiken. Das Spektrum reicht hier von globalen gewerkschaftlichen Solidaritätskampagnen, transnationalen Austauschbeziehungen unter Gewerkschaften, europäischen Betriebsräten, migrantischen Netzwerken, sozialen Bewegungen bis hin zur gewerkschaftlichen Verwaltung staatlicher Entwicklungshilfe. Gleichzeitig bleibt unklar, wie die Analysen aufeinander bezogen und für die Entwicklung eines Begriffs der (transnationalen) gewerkschaftlichen Solidarität fruchtbar gemacht werden können. Ein Schlusskapitel, das die disparaten Beispiele theoretisch zusammenbindet, wäre sicherlich hilfreich gewesen.

Spannend war für mich die Lektüre immer dann, wenn die Beiträge versuchten, solidarische Praktiken in einem Verhältnis unter faktisch Ungleichen zu verstehen, wie z.B. *Cristina Flesher Fominaya* in ihrem Aufsatz über soziale Bewegungen, *Michael Fichter* am Beispiel der globalen Produktionsketten oder *Katherine Nastovski* in ihrer Untersuchung über gewerkschaftliche Entwicklungshilfe. Die konzeptionelle Frage, wie solidarisches Handeln in diesen Situationen von Caritas oder humanitärer Hilfe abzugrenzen ist, bleibt für mich jedoch weiter offen. *Bodo Zeuner* macht es sich allerdings zu leicht, wenn er als Kriterium bestimmt, dass eine Gleichheit oder Gegenseitigkeit „angestrebt“ sein soll und die „Interessen übereinstimmen

müssen“ (57). Denn die kritische Frage besteht ja unter diesen Umständen darin, *wie* das politische Ziel angestrebt wird und *wie* sich die Partner_innen über das komplexe Feld der „Interessen“ verständigen und zusammenarbeiten können.

Markus Kip

Christoph Haferburg & Marie Huchzermeyer (Hg.): *Urban Governance in Post-Apartheid Cities. Modes of Engagement in South Africa's Metropoles*. Stuttgart: Borntraeger Science Publishers 2014, 337 Seiten

Stadtplanung fordert in den Metropolen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas Politiker_innen, Verwaltungsmitarbeiter_innen und Wissenschaftler_innen heraus. Ursachen dafür sind die fortdauernde und in politisch-ökonomischen sowie ökologischen Krisenzeiten intensivierte Land-Stadt-Migration und die Urbanisierung großer Bevölkerungsgruppen. Aus diesen Gründen untersucht auch die international ausgerichtete Stadtgeographie die Planungs- und Umsetzungsprozesse. Der Sammelband von *Marie Huchzermeyer*, Witwatersrand-Universität in Johannesburg, und *Christoph Haferburg*, Gastprofessor an dieser Universität sowie Professor an der Universität Erlangen, richtet seinen Blick auf das Regieren in Südafrikas Großstädten. Darunter verstehen die Herausgeberin und der Herausgeber, wie sie in ihrem programmatischen Einleitungssessay darlegen, nicht nur die Planungsvorgaben der Stadtverwaltungen oder Provinzregierungen und der jeweils zuständigen nationalen Ministerien. Vielmehr erfassen sie auch private Investoren, wie Bau- und

Immobilien-gesellschaften. Zudem integrieren sie unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteure_innen in ihre Analyse. Hierzu zählen beispielsweise basisnahe Interessenvertretungen von Bewohner_innen informeller Siedlungen.

Das anschauliche Buch ist in fünf Kapitel mit insgesamt siebzehn Aufsätzen unterteilt und enthält zahlreiche Fotos, Stadtpläne, Schaubilder, Graphiken und Statistiken. Ein Index hilft vor allem Studierenden beim Nachschlagen und Vertiefen von Wissen. Allerdings setzen alle Beiträge Kenntnisse über Südafrika, insbesondere über die komplexen Zusammenhänge der Urbanisierungs-, Politik- und Wirtschaftsgeschichte des Landes voraus. Auch Theorien und Konzepte zur Stadtplanung sollten interessierten Leser_innen bekannt sein. Falls auf dieses Wissen aufgebaut werden kann, ist eine Einordnung der einzelnen Lokalstudien möglich, die jede für sich und in ihrer Zusammenschau über die Herausforderungen und Probleme des urbanen Regierens informieren.

Aus dem großen Spektrum der Fallbeispiele werden im Folgenden einige vorgestellt, die exemplarisch die thematische Spannweite der Problemanalysen illustrieren. Im ersten Kapitel erklärt die Johannesburger Professorin für Stadtplanung *Alison Todes* wirtschaftliche, politische und demographische Strukturen und Entwicklungen in acht Metropolen des Landes. Sie bietet detaillierte Angaben zur Wohnungsproblematik, Haushaltszusammensetzung und Arbeitslosigkeit. Die präsentierten Statistiken ermöglichen es, zeitliche Veränderungen in der letzten Dekade nachzuvollziehen und die vorhandene Zahl von Häusern oder informellen

Unterkünften in den verschiedenen Metropolen miteinander zu vergleichen. Gut nachvollziehbar zeigt die Autorin die Zusammenhänge zwischen der lokalen Ebene und der nationalen Wirtschaftsplanung auf. Dabei integriert sie die Auswirkungen der Finanzkrise auf die urbane Arbeitslosigkeit ebenfalls in ihre Argumentation. Ihre faktenreiche Detailanalyse setzt sie mit lokalpolitisch relevanten Rechtsgrundlagen und Leitlinien in Beziehung. Diese erläutert *Mfaniseni Sihlongonyane* noch genauer. Er leitet das Planungsprogramm für Architekturstudien an der Witwatersrand-Universität und dokumentiert kenntnis- und detailreich anhand etlicher Schaubilder die politischen Vorgaben, Gesetze, Planungs- und Management-Instrumente.

Im zweiten Kapitel zeigt die Doktorandin *Astrid Wood* die Entstehungsgeschichte des öffentlichen Bussystems auf. Ausführlich beschreibt sie unterschiedliche Planungs- und Umsetzungsphasen am Beispiel von Kapstadt und Johannesburg sowie kleinerer Städte. Bemerkenswert ist hier der frühzeitige und gezielte Süd-Süd-Austausch mit lateinamerikanischen Städten, insbesondere mit der kolumbianischen Hauptstadt Bogota. Die Autorin skizziert die konkrete Durchführung einzelner Planungsschritte. In diesem Zusammenhang nennt sie die Kosten und Finanzierungsprobleme sowie die Konflikte zwischen städtischen Verkehrsplanern und einflussreichen Kleinbusunternehmern.

Das dritte Kapitel widmet sich politischen Dynamiken auf lokaler Ebene. Am Beispiel einer informellen Siedlung in Durban stellt der Politikwissenschaftler *Richard Pithouse* von der Rhodes-Universität in Grahamstown die Interessenvertretung der Bewohner_innen vor.

Seinen Ausführungen zufolge bilden in informellen Siedlungen lebende Menschen – auch „Squatter“ genannt – die größte soziale Bewegung jenseits der von Nichtregierungsorganisationen dominierten Zivilgesellschaft. Seine grundlegende These lautet: In Südafrikas Städten seien schon wiederholt politische Konflikte ausgetragen worden. Die während der letzten Jahre zunehmend gewaltsam gewordenen Auseinandersetzungen zwischen den Bewohner_innen informeller Siedlungen, der Regierungspartei und der Polizei, deren Chronologie er anschaulich nachzeichnet, haben demnach eine Vorgeschichte. Viel ausführlicher und sachbezogener als andere Autoren benennt er relevante Ereignisse während der Apartheid. Seine konzeptionelle Reflexion basiert unter anderem auf indischen Theoretikern. Allerdings warnt er von unpassenden Grundannahmen. Gleichzeitig fordert er Akademiker auf, sich viel stärker mit dem realen Handeln von Menschen auseinanderzusetzen – in diesem Fall, um die politischen Forderungen und das Vorgehen der *Squatter* zu verstehen. Zudem verlangt er, politisches Handeln jenseits der formalen Regeln einer liberalen Demokratie solle nicht automatisch kriminalisiert werden. Die Tatsache, dass die südafrikanische Polizei sich nach wie vor eher in politische Konflikte einschaltet, als Kriminalitätsprobleme zu lösen, hat der privaten Sicherheitsindustrie mit nahezu 9.000 Firmen und über 411.000 Mitarbeitern zu märchenhaften Gewinnen verholfen. Im vierten Kapitel illustriert die Doktorandin *Tessa Diphooorn* am Beispiel Durbens, wie sich die pluralisierte Sicherheitslandschaft gestaltet und welche praktischen Probleme aus einem „Patchwork“ an Sicherheitsanbietern

resultieren. So konkurrieren in einer Straße verschiedene Sicherheitsfirmen um Kunden und bieten ganzen Nachbarschaften ihre Dienste an. Absprachen und Kooperationen untereinander wären mit den Geschäftsinteressen kaum vereinbar, so dass eine lückenhafte Sicherheitslandschaft entsteht.

Das fünfte Kapitel des Buches umfasst Aufsätze zu Raumfragen, an denen jeweils Autor_innenteams mitgewirkt haben. Dazu zählt der Schlussbeitrag von *Kira Erwin*, *Orli Bass* und *Jennifer Houghton* von der Universität KwaZulu-Natal über Frauen und Gender im urbanen Regieren. Sie konzentrieren sich auf die weit verbreitete geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und fragen, wie staatliche Institutionen, in diesem Fall die Polizei, und Privatpersonen, hier eine Mitarbeiterin einer Wohnungsbaugesellschaft, auf gewaltsame Übergriffe reagieren. An zwei Fallbeispielen aus Durban belegen sie die Kluft zwischen den staatlichen Vorgaben zur Geschlechtergleichheit und der Umsetzung in der Praxis. Trotz konkreter Verhaltensvorschriften für Polizisten werden hilfesuchende Frauen von diesen gedemütigt; diensthabende Polizeibeamte bagatellisieren deren oft lebensbedrohlichen Gewalterfahrungen. Trennungen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit lassen die Autorinnen nicht gelten, vielmehr fragen sie, ob Dezentralisierung mit umstrittenen Dienstleistern und *Governance*-Praktiken einen geeigneten Rahmen für gender-sensible Politik bietet. Zudem betrachten sie die geschlechtsbezogene Gewalt als Ausdruck von Macht und Ungleichheit, die überwunden werden müssen, um eine inklusive und partizipative Stadtentwicklung zu erreichen.

Insgesamt bietet der Sammelband facettenreiche Einblicke in die aktuelle Forschung zur Stadtgeographie in Südafrika. Sinnvoll wäre es gewesen, systematischer die umfassende Stadtplanung als Machtinstrument des Apartheidapparats in die Analyse einzubeziehen, um den vorliegenden gegenwartsbezogenen Untersuchungen insgesamt eine größere historische Tiefenschärfe zu geben. Wenn mehr schwarze Autor_innen beteiligt worden wären, hätte dies zu zusätzlichen Perspektiverweiterungen in der Urbanitätsforschung beitragen können.

Rita Schäfer

Magdalena Heuwieser: *Grüner Kolonialismus in Honduras. Land Grabbing im Namen des Klimaschutzes und die Verteidigung der Commons*. Wien: Promedia 2015, 216 Seiten

Als Ende Juni 2009 der linke Präsident von Honduras Manuel Zelaya vom Militär aus dem Amt geputscht wurde, erfuhr das mittelamerikanische Land auch international einige Aufmerksamkeit. Während in Deutschland die FDP und die ihr nahe stehende Friedrich-Naumann-Stiftung den von Unternehmertum und rechten politischen Kräften getragenen Staatsstreich begrüßten und rechtfertigten, regte sich im Land selbst immenser Widerstand. Eine breite zivilgesellschaftliche Organisation, an der sich u.a. indigene, feministische und Umweltgruppen beteiligten, forderte die Wiedereinsetzung des Präsidenten, vor allem aber die Umsetzung der von ihm begonnenen Demokratisierungsmaßnahmen.

Diese sozialen Bewegungen bilden einen der Schwerpunkte des vorliegenden

Bandes. Das hervorragende Buch zeichnet die Grundlagen einer ökologisch diskursivierten Landnahme und konkrete Beispiele dieser Praxis des „Green Grabbing“ nach. Darüber hinaus geht es der Autorin jedoch um „Handlungsspielräume, das dekoloniale Potenzial von Konflikten sowie Alternativen zu dominanten Entwicklungen“ (16), zu deren Agenten die sozialen Bewegungen geworden sind.

Magdalena Heuwieser macht sich aber keine Illusionen über die bestehenden Kräfteverhältnisse. Auch wenn sie die *Green Economy* als „noch keinesfalls hegemonial“ (181) betrachtet, so verweisen die Strategien ihrer Durchsetzung doch auf ein Bündel soziopolitisch wie ökonomisch extrem mächtiger Akteure. *Green Grabbing* besteht aus institutionellen Maßnahmen, die im Rahmen des Klima- und Umweltschutzes konzipiert und betrieben werden und die mit der Aneignung von Land und Ressourcen einhergehen. An seiner Durchsetzung arbeitet nicht nur die nationale Oligarchie, sondern auch internationale Konzerne und NGOs sind beteiligt.

Dabei diskutiert die Autorin das *Green Grabbing* keineswegs als mittelamerikanisches oder gar honduranisches Phänomen. Sie stellt es in den Kontext der multiplen globalen Krise. So kommt die Suche des Kapitals „nach neuen Anlagemöglichkeiten in Sphären, die noch nicht oder noch nicht vollständig inwertgesetzt sind“ (69), in den Blick. Dadurch wird die Ausdehnung der Verwertungslogik auf Land, Wasser sowie Nahrungsmittel verständlich.

Das ist auch der Rahmen, in dem in Lateinamerika in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Staudammprojekten entwickelt und zum Teil auch realisiert

worden sind – meist mit Folgen, die dem ökologischen Anspruch völlig zuwider laufen, von den soziopolitischen einmal abgesehen. An drei Fallbeispielen – den Wasserkraftwerken La Aurora I und Agua Zarca sowie dem sogenannten Waldschutzprogramm REDD+ – verdeutlicht Heuwieser dies. Die Abläufe ähneln sich: Die Privatisierung von Gemeingütern wird ökologisch begründet und geht mit den (nicht eingehaltenen) Versprechen auf Arbeitsplätze und infrastruktureller Entwicklung einher, wobei die betroffenen Gemeinden in Entscheidungen nicht einbezogen werden und auch von den Gewinnen letztlich nicht profitieren. Der daraufhin entstehende Widerstand wird mit dem Umweltargument delegitimiert und schließlich kriminalisiert.

Vor diesem Hintergrund zeigt das Buch sehr eindrücklich, dass die *Green Economy* keinesfalls die Ablösung neoliberaler Politik, sondern vor allem eine Verlagerung ist. Aber ist sie auch ein Kolonialismus, wie der Buchtitel behauptet? Auch wenn es sicherlich nicht von der Hand zu weisen ist, dass die *Green Economy*, wie Heuwieser betont, „die für den traditionellen Kolonialismus typische Gewaltsamkeit und Aneignung der Reichtümer“ (180) beinhaltet, so fehlt doch eine bürokratische ebenso wie eine pädagogische, auf die Denkweisen gerichtete Struktur, die für historische Kolonialismen kennzeichnend waren und die die Ausbeutung von Ressourcen- und Arbeitskraft stets flankiert haben.

Trotz dieses begrifflichen Einwandes verortet die Autorin ihre Forschung überzeugend im Rahmen der dekolonialistischen Theorie. Diese zielt nämlich nicht nur auf die kolonialen Muster, die die Zeit überdauert haben. Vielmehr geht es ihr in Form der „Aktionsforschung“, deren

Methoden Heuwieser hier folgt, um einen partizipativen Prozess, in den die Objekte der Forschung – Basisbewegungen und Widerstandsgruppen – zugleich auch als Subjekte einbezogen werden. Heuwieser legt damit eine für den deutschsprachigen Raum nach wie vor unüblich engagierte Studie vor, die zugleich offen parteiisch und wissenschaftlich korrekt ist. Darüber hinaus kann das Buch mit seinem historischen Überblick und den vielen übersichtlich gestalteten Fakten-Boxen jeden Anspruch darauf erheben, als neues Honduras-Handbuch zu gelten.

Jens Kastner

GRAIN: *The Great Climate Robbery. How the Food System Drives Climate Change and What We Can Do about It.* Ohne Ort: Daraja Press, Tulika Books & Spinifex Press 2016, 229 Seiten

Diese Publikation liefert in ihrer Kompaktheit ohne Frage eine ganze Fülle von sehr wertvollen Einsichten und Informationen – wohl weniger für Fachleute aus Wissenschaft und Medien als insbesondere jedoch für interessierte Laien und Aktivisten/innen. Dabei handelt es sich um eine – nicht zuletzt auf die Klimaverhandlungen in Paris (COP 21) Ende 2015 ausgerichtete sowie in Bezug auf die Gliederung weitgehend überarbeitete – Neuauflage einer Publikation aus dem Jahr 2012, die damals unter dem Titel *The Great Food Robbery. How Corporations Control Food, Grab Land and Destroy the Climate* von GRAIN herausgebracht wurde (<http://www.grain.org/article/entries/4501-the-great-food-robbery-a-new-book-from-grain>). Die Neuauflage umfasst neben der Einleitung vier Kapitel, die sich mit dem

Zusammenhang von Nahrungsmittelproduktion und Klimawandel (Kapitel 1), der Landfrage (Kapitel 2), dem Kampf gegen die Kommerzialisierung von Saatgut (Kapitel 3) und der Abwehr einer von Großkonzernen monopolisierten Kontrolle des globalen Nahrungssystems (Kapitel 4) befassen.

In den Kapiteln finden sich nicht nur immer dieselben Argumentationsmuster, sondern auch viele wortgleiche Wiederholungen. Sie zeichnen ein uniformes „Feindbild“, das sich auf einige wenige Grundannahmen stützt. An vorderster Stelle steht dabei die Überzeugung, dass eine kapitalistische Durchdringung der Landwirtschaft insbesondere im Globalen Süden alle wesentlichen globalen Probleme verschärft, wenn nicht gar verursacht. Ferner geht die Publikation davon aus, dass eine kleinbäuerliche Wirtschaftsweise im Grunde viel effizienter und „klimafreundlicher“ als jegliches auf Mechanisierung oder Industrialisierung beruhendes Agrarmodell sei. Indem das Buch den „Gegner“ konsequent im kapitalistischen System überhaupt, und vor allem in dessen exponiertesten Vertreter/innen – den Regierungen und den Konzernen der westlichen Welt – verortet, idealisiert es vielfach die „traditionelle Landwirtschaft“ und spricht so, gewollt oder ungewollt, den Ländern des Globalen Südens im Kern eine Industrialisierungsperspektive ab. Mit dieser sehr eng geführten Argumentation, die eine von Agrarkonzernen gesteuerte Landwirtschaft als „größten Klimakiller“ schlechthin auffasst, blendet es zwei weitere Quellen des Klimawandels – die Energieerzeugung mittels fossiler Brennstoffe und die erdölgetriebene, weltumspannende Mobilität weitestgehend aus.

Folglich gerät eine elementare Grundnotwendigkeit fast völlig aus dem Blick, nämlich die, dass die menschliche Existenz vom Stoffwechsel mit der Natur abhängt. Die Entnahme von Naturrohstoff und deren Zurichtung durch die „Produktion“ von Lebensmitteln (im weitesten Sinne) wird immer mit der Freisetzung von CO₂ verbunden sein, während Änderungen des Lebensstils und damit der Konsumtionsweise (in der Energieerzeugung wie auch beim Mobilitätswahn) ein – relativ – viel größeres Einsparungspotenzial haben.

Aber die Fixierung der Herausgeber auf eine einzige Lösung, die „kleinbäuerliche Landwirtschaft“, deren Effizienz nirgends wirklich analysiert, sondern immer nur behauptet wird, ist nicht nur erheblich verkürzt, sie greift – befördert durch eine apodiktische Diktion – noch bedenklich viel kürzer. Denn es geht gar nicht vordergründig darum, ob die Kleinbäuerinnen und -bauern heute schon die Weltbevölkerung ernähren könnten (wenn sie denn in der Lage wären, Megastädte täglich stabil und auf Dauer zu versorgen), sondern auch und vor allem darum, was Samir Amin als den Landbau als Zufluchtsort für eine urbane Überbevölkerung beschrieben hat. Um diese Menschen – von denen die meisten heute noch Kinder sind, die erst in den kommenden Jahrzehnten eine Beschäftigung suchen werden – überhaupt noch sinnvoll an der Erzeugung der Voraussetzungen für ihr eigenes Überleben beteiligen zu können, muss ihnen die Möglichkeit offen gehalten werden, als (Klein-)Bäuerinnen und -bauern zu wirtschaften (vgl. Samir Amin: *Maldevelopment. Anatomy of a Global Failure*, Cape Town u.a. 2011; S. 112f, passim). Ergo wird der CO₂-Ausstoß der

Landwirtschaft – auch der der „traditionellen“ – wohl noch zunehmen, selbst wenn es gelänge, die von Konzernen getriebene Massenproduktion (stark) zurückzudrängen.

Abschließend sei noch ein besonderes Ärgernis angemerkt. Die sehr ungewöhnliche Titelei der Publikation erschwert eine Auseinandersetzung mit einzelnen Positionen im Rahmen einer Rezension außergewöhnlich. Zwar gibt es Herausgeber, aber diese sind sämtlich entweder eine Organisation (GRAIN) oder Verlage. Selbst in den vier Kapiteln finden sich kaum konkrete Hinweise, wer welchen Abschnitt verfasst, recherchiert und schließlich auch zu verantworten hat (außer Verweisen auf Bücher und Artikel auf dem Web-Portal von GRAIN, die wiederum höchst zufällig – meist jedoch gar nicht – mit den Namen von Autoren/innen versehen sind). Der Text steht quasi als apodiktisches Selbst für sich selbst. So steht die vorgestellte Sicht unter Zustimmungszwang. Jede – dennoch – vorgebrachte Kritik erscheint angesichts der Adressatenlosigkeit des Widerspruchs so zwangsläufig als Parteinahme für den „Gegner“ – die Großkonzerne und die von ihnen beförderte konsumistische Lebensweise.

Arndt Hopfmann

Petra Dennecker &
Birte Rodenberg (Hg.):
*Klimaveränderung, Umwelt
und Geschlechterverhältnisse im
Wandel – neue interdisziplinäre
Ansätze und Perspektiven.*
Münster: Westfälisches
Dampfbboot 2014, 225 Seiten

Wie hängen Klimaveränderung, Umwelt und Gender zusammen? Zu diesem

Thema will das Buch interdisziplinäre Ansätze und Perspektiven anbieten. Im einleitenden Kapitel stellen die Herausgeberinnen hierzu den Rahmen dar: die Kontinuität und die Veränderungen im Women-Environment-Development-Diskurs. Normative Positionen wie z.B. der Ökofeminismus haben inzwischen zugunsten von konkreten Analysen der gesellschaftlichen Stellung von Frauen den Platz geräumt. Das dadurch entstandene Bild gibt keinen Anlass zu Optimismus: „Zahlreiche empirische Studien zeigen die lokal begrenzten Handlungsspielräume von Frauen auf, die eine Sicherung nachhaltiger Lebensgrundlagen (sustainable livelihood) aufgrund fehlender Entscheidungsmacht, Rechte und Kontrollmöglichkeiten über natürliche und gesellschaftliche Ressourcen unmöglich machen“ (15). Der begrenzte Spielraum von Frauen hängt von unterschiedlichen Faktoren ab: Möglichkeiten, die die physische Umwelt bietet, die Anwesenheit demokratischer Institutionen auf lokalem und nationalen Niveau und selbstverständlich die Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern im gesellschaftlichen Leben. Letzteres steht im Mittelpunkt des Buches, wird aber im engen Zusammenhang mit der Verteilung und der Kontrolle natürlicher Ressourcen sowie dem Überlebenskampf der Haushalte gesehen.

Die folgenden neun Kapitel gliedern sich in drei Teile. Den ersten, „Zwischen Rematerialisierung und Rechtsansatz“, eröffnet Barbara Holland-Cunz mit einem gleichermaßen gediegenen und engagierten „Plädoyer für einen theoretischen Neustart“ (30). Sie distanziert sich vor allem von Ansätzen, die Gender- und Genderverhältnisse dekonstruieren sollten und sich dabei von jeder

materiellen Basis entfernt haben. Konkret benennt sie „Dematerialisierungs“-Prozesse von Natur und Geschlecht in den Auffassungen über Netzwerk- und Informationsgesellschaft und „Rematerialisierung“ in der weltweiten Feminisierung und Informalisierung von Arbeit. Leider illustriert sie die globalen Genderverhältnisse mit dem simplistischen Bild von weißen Männern, die in sauberen Räumen an der Wissensgesellschaft arbeiten, und jungen Frauen, die in armen Ländern unter erbärmlichen Umständen Produktionsarbeit verrichten(43). Klar und systematisch stellt *Andrea Schapper* im folgenden Kapitel Klimaveränderung und Klimapolitik unter dem Blickwinkel von Menschenrechten dar. Überzeugend zeigt sie, dass diese Herangehensweise Klimaveränderungen und Gender fruchtbar verbinden kann. Das dritte Kapitel nimmt die Thematik des ersten auf. Weltweite Diskussionen über Klimaveränderung, so die Landschaftsplanerin *Bettina Köhler*, erwecken den Eindruck, als ginge es um eine gemeinschaftliche Gefahr, um ein „homogenes Interessenfeld“, obwohl die Gesellschaft von politischen und sozialen Ungleichheiten durchzogen ist. Deshalb stellt sie das Konzept „Gesellschaftliche Naturverhältnisse“ in den Vordergrund, das Mitte der 1980er Jahre am Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) eingeführt wurde und das beispielsweise *Susanne Lettow* in ihrem Artikel „Geschlecht, Macht, Klima“ in dem 2012 erschienenen Buch *Geschlecht – Macht – Klima*, herausgegeben von *Gülay Çaglar*, *Maria do Mar Castro Varela* & *Helen Schwenken*, verwendet. Dieses Konzept beinhaltet nicht nur die Repräsentation und die symbolische Konstruktion von Natur, sondern vor allem auch ihre materielle Produktion.

Teil zwei befasst sich unter der Überschrift „Geschlechtergerechte Klimapolitik“ insbesondere mit Anpassungsstrategien. Entwicklungspolitik, die sich auf die Folgen von Klimaveränderungen und die damit notwendigen Anpassungen richtet, muss Genderaspekte einbeziehen. *Birte Rodenburg* spricht die Gefahren an, die mit einer eingeschränkten Genderperspektive verbunden sind, bei der Frauen als eine homogene Gruppe und vor allem als Opfer gesehen werden und arme Männer außen vor bleiben (106). Als Beispiel wählt sie Kinderrechte, wodurch dieses Kapitel ein wenig abgehoben wirkt. Im folgenden Kapitel mit dem rhetorischen Titel „Klimagerechtigkeit ohne Gendergerechtigkeit“ untersucht *Franziska Krug* die Genderdimension des *Climate Justice Movement*. Auf der Basis einer Inhaltsanalyse von sieben Dokumenten zeigt sie, dass Denken über Gender in weltweiten Netzwerken deutlich abwesend ist. Am Beispiel von Bangladesch macht sie jedoch deutlich, dass auf lokalem Niveau Klimagerechtigkeit sehr wohl mit Gender- und Machtverhältnissen verbunden wird. Kann man hieraus schlussfolgern, dass auf lokalem Niveau etwas anwesend ist, was auf internationalem fehlt? Das wäre m.E. eine voreilige Schlussfolgerung, wenn nicht die Frage beantwortet wird, ob dieses Land als repräsentativ gelten kann. Abgerundet wird der zweite Teil des Buches mit einem nützlichen Beitrag über die Inklusion von Gender im neuen *Green Climate Fund*, der gerade (Anfang 2015) gegründet wurde.

Der dritte Teil „Globale und nationale Politiken“ umfasst drei Fallstudien zu Südafrika/Simbabwe, Kenia und Südostasien, von denen die LeserInnen erwarten können, dass sie das vorangegangene

Plädoyer für konkrete Analysen sich verändernder Lebensweisen fortführen. In allen drei Fällen führen die Frauen ein auf den Haushalt gerichtetes, sesshaftes Leben, während die Männer – einschließlich Migration – nach außen orientiert sind. Der Beitrag von *Saraj Ayeri Ogalleh* über Haushalte von Kleinbäuerinnen und -bauern in der Provinz Laikipia, Kenia, fällt dabei positiv auf. Mangels Daten, die einen Klimawandel anzeigen, geht die Autorin von den erfahrenen Klimaveränderungen ihrer InterviewpartnerInnen aus: längeren Trockenperioden und unregelmäßigen Regenzeiten. Sie befragt jeweils 100 Frauen und 100 Männer und kann so Genderunterschiede in den Reaktionen auf die wahrgenommenen Schwankungen aufzeigen. Diese Unterschiede hängen mit den verschiedenen Positionen in der Landwirtschaft zusammen: Vereinfacht gesagt sind Frauen Ackerbäuerinnen und Männer Viehzüchter. Die Studie geht nicht der Frage nach, ob durch die Veränderungen entweder die Männer oder die Frauen schlechter wegkommen. Dazu hingegen tendieren die beiden anderen Fallstudien, vor allem die letzte von *Oliver Pye* und *Julia*, die sich den Palmölplantagen in Südostasien widmet. Es ist sicher notwendig, darauf hinzuweisen, dass die große Bedeutung von Agrar-Brennstoffen in der weltweiten Energieversorgung zu vielen Missständen und ausbeuterischen Verhältnissen unter den ArbeiterInnen auf den Palmölplantagen führt, aber Autorin und Autor verfallen zu sehr einem Diskurs, der Frauen ausschließlich als Opfer thematisiert, und zeigen keine Alternativen auf. Dieser Diskurs kennzeichnet auch den Beitrag von *Rita Schäfer* über Südafrika und Simbabwe,

in dem allerdings die Klimaveränderung kaum thematisiert wird.

Die Qualität der Beiträge ist unterschiedlich, doch insgesamt zeichnen sie ein Bild, wie Gender auf sinnvolle und praktische Weise in Analysen von Klimaveränderung und -politik aufgenommen werden kann. Ob die im Titel des Buches angeführten Ansprüche völlig eingelöst werden, ist zu bezweifeln. In Punkto Interdisziplinarität fällt auf, dass die Autorinnen und der Autor ausschließlich sozial- bzw. politikwissenschaftlich qualifiziert und Naturwissenschaften nicht vertreten sind. Der Beitrag von Schapper enthält zwar eine Abbildung, die die Vielfalt von Klimaveränderungen (Temperatur, Regenfall, Steigen des Meeresspiegels, Stürme) (59) wiedergibt, aber im Buch passiert damit weiter nichts. Es fehlen auch Hinweise auf die Diversität von ökologischen Gebieten zu Wasser und zu Land, die – neben den sozialen Strukturen – für den lokalen Kontext von großer Bedeutung sind: Man denke nur an die Unterschiede zwischen Stadt und Land oder zwischen Feucht- und Trockengebieten in den armen Ländern. Möglicherweise hätte diesem Mangel naturwissenschaftliche Kompetenz abhelfen können, wie das 2010 erschienene Buch *Gender and Climate Change* der Biologin und Umweltwissenschaftlerin Irene Dankelman, wie mir scheint: symptomatisch, zeigt.

Leider erfährt man, im Gegensatz zu dem, was der Titel verspricht, wenig über Veränderungen der Genderverhältnisse. Denn die Hauptfrage ist nicht, ob Klimaveränderung vielfältige Folgen für Männer und Frauen hat. Weltweit sind ihre gesellschaftlichen Rollen und Positionen höchst unterschiedlich, also werden sich Klimaveränderungen

für beide unterschiedlich auswirken. Zentrale Frage ist vielmehr: Werden diese Unterschiede zu Ungleichheiten in der Verteilung von Arbeitsbelastung und Hilfsmitteln führen? Anders ausgedrückt: Werden Klimaveränderungen zu mehr Gendergleichheit oder zu mehr -ungleichheit und damit zu Veränderungen in den Machtverhältnissen zwischen Männern und Frauen führen? Hat sich z.B. die Position von armen Bauern, die migrieren, im Vergleich zu den Frauen verbessert, die an ihrem angestammten Ort bleiben, um das Land zu bewirtschaften? Um derartige Fragen beantworten zu können, müssen die Auswirkungen von Klimaveränderung sowohl für Frauen als auch für Männer analysiert werden. Die Auswirkungen für Männer bleiben in diesem Buch, das sich mit Gender beschäftigt, leider unterbelichtet.

Ton van Naerssen

Übersetzung aus dem

Niederländischen von Detlev Haude

Literatur

Çaglar, Gülay; Maria do Mar Castro Varela & Helen Schwenken (2012) (Hg.): *Geschlecht – Macht – Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit*. Opladen, Berlin & Toronto.

Dankelman, Irene (2010) (Hg.): *Gender and Climate Change. An Introduction*. London.

Md Mizanur Rahman, Tan Tai Tong & AKM Ahsan Ullah (Hg.): *Migrant Remittances in South Asia. Social, Economic and Political Implications*. London: Palgrave Macmillan 2014, 300 Seiten

Weltweit stammen von den internationalen MigrantInnen etwa 70 Mio. aus

Südasien, davon 40 Mio. aus Indien. Die Region ist eines der wichtigsten Herkunftsgebiete von ArbeitsmigrantInnen in der Welt. Die meisten von ihnen migrieren nach Saudi-Arabien und in die Golfstaaten. Ihre Überweisungen in die Heimatländer haben einen Anteil von ca. 25% an den gesamten Überweisungen weltweit; sie tragen zu 10% zum Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Länder bei, wobei die Unterschiede erheblich sind: In Nepal sind es 24%, in Bangladesch 10% und in Indien 3%. Allein diese Zahlen verdeutlichen, wie wichtig es ist, dass jetzt ein Buch zu den MigrantInnen aus Südasien und ihren Überweisungen erschienen ist.

Der Sammelband umfasst eine von den Redakteuren geschriebene Einleitung und zwölf Kapitel zu diversen Themen. Das erste befasst sich mit theoretischen und methodologischen Fragen. Es ist gründlich recherchiert und zeigt, wie viele Leerstellen in bestehenden Studien vorkommen. Die Autoren fordern Analysen, die sowohl SenderInnen als auch EmpfängerInnen von Überweisungen in transnationalen Haushalten umfassen, mehrere Herkunftsländer der Transfers sowie die verschiedenen TeilnehmerInnen, die lokale Gemeinschaft, ArbeitgeberInnen und Zwischenpersonen berücksichtigen. Leider geben sie keine Beispiele dafür, worin der genaue Nutzen solcher umfangreicher Studien besteht.

Einer der interessantesten Beiträge (Kapitel 7) stammt von *Natacha Stevanovic-Fenn*: Die Literatur über *Gender* und Geldtransfers behandelt meistens die Position von Frauen in transnationalen Haushalten, an wen Geld überwiesen wird und wie sich die Machtverhältnisse ändern, wenn Männer

oder Frauen im Ausland arbeiten und dabei den größten Teil des Haushalteinkommens erwirtschaften. Über die unmittelbaren Folgen von Migration auf Männer ist weniger bekannt. Die Autorin interviewte 65 Migranten aus Bangladesch, die in New York leben. Ihre kulturellen Normen zwingen sie, Geld an die Familie in Bangladesch zu überweisen, auch wenn das ökonomisch nicht notwendig ist; kommen sie den Verpflichtungen nicht nach, drohen soziale Ächtung und Ausschluss aus der Gemeinschaft. Die Geldtransfers stärken ihre maskuline Identität als Verdienener und erhöhen ihren sozialen Status, bringen aber auch Spannungen und Stress mit sich, weil ihr tatsächlicher Status nach den Normen der Gesellschaft in Bangladesch niedrig ist und deshalb verborgen wird. So zeigt die Autorin die Ambivalenz des hergebrachten Verständnisses von Maskulinität für diese Migranten auf. Dies wirft die Frage auf, wie lange eine solche Situation bestehen bleiben kann. Das Bild, das hier skizziert wird, ist eine Momentaufnahme; eine längerfristige Forschung ist wünschenswert.

Auch aus der Studie von *Marta Erdal* über die soziale Dynamik von Transfers in Pakistan (Kapitel 5) ergibt sich die Bedeutung des sozialen Kontextes. Die Autorin konzentriert sich auf die EmpfängerInnen, die die Verantwortung für praktische Maßnahmen zur Versorgung der im Haushalt zurückgebliebenen Kinder und der anderen Familienmitglieder tragen. Damit verfügen sie über die Handlungsmacht (*agency*) mit denen, die Geld überweisen, zu verhandeln. Interessant an diesem Beitrag ist auch, dass EmpfängerInnen oft von verschiedenen Seiten Geld empfangen, also nicht

nur von Ehefrau/Ehemann, sondern auch von Brüdern, Schwestern oder anderen Verwandten. Studien über die Verwendung von Transfers lassen diesen Aspekt meist links liegen. Sowohl Stevanovic-Fenn als auch Erdal sind aber nicht so sehr am Gebrauch der Transfers interessiert, als vielmehr an den Motivationen, die ihnen zugrunde liegen, und an der Bedeutung für Familie, Verwandtschaft und lokale Gemeinschaft. Im Kapitel 8 über die Globalisierung von Transfers in Indien stellt *Vani S. Kulkarni* ihre politische, soziale, kulturelle und symbolische Bedeutung in eine breitere, theoretische Perspektive.

Der Band bietet mehr als nur Beiträge soziologischer Herkunft. *Mazhar Mughal* und *Amar Anwar* nehmen sich eines demographischen Themas an, nämlich den Auswirkungen von Transfers auf die Fruchtbarkeit von Frauen in Pakistan (Kapitel 10). Aus der quantitativen Studie geht hervor, dass Frauen von Migranten weniger Kinder bekommen, was nach Meinung der Autorinnen der Qualität der Haushalte zugutekommt. Ein zentrales Thema der Lobbyaktivitäten von Migrantenorganisationen sind die Kosten, die mit den Transfers verbunden sind. Hiermit beschäftigt sich der gründliche Beitrag von *Bhupal Singh*, Direktor des *Department of Economic and Policy Research of the Reserve Bank of India* in Mumbai (Kapitel 3). Er vergleicht die Systeme von Banken und *Money Transfer Organisations* (MTOs), z.B. *Western Union* und *Money Gram*. Die Kosten sind sehr unterschiedlich, aber nur bedingt zu vergleichen, weil von Land zu Land verschieden. Banküberweisungen von Saudi-Arabien nach Indien sind teurer als aus den USA; bei MTOs ist es umgekehrt. Auch sind die

Kosten abhängig vom Zeitpunkt der Buchungen: Letztlich sind die Unterschiede vernachlässigbar, wichtiger sind die Ansprüche der ÜberweiserInnen.

Ein weiteres Thema, das derzeit unter dem Einfluss der Weltbank in den Vordergrund gerückt wird, ist die sogenannte produktive Verwendung des Geldes aus den Transfers, wobei an Investitionen in Unternehmen gedacht wird, nicht aber an Ausgaben für Gesundheit und Bildung. *Rita Asfar* macht am Beispiel von Klein- und Mittelbetrieben deutlich, wie wichtig die Rolle des Staates sein kann, aber noch nicht ist (Kapitel 6). Die anderen Beiträge des Bandes enden mit weniger auffälligen Schlussfolgerungen als die hier besprochenen und laden nicht zu weiterer Forschung ein. So gut wie alle Kapitel lassen sich gut lesen. Kapitel 2 „Gender and Remittances“ von *Ahsan Ullah* zeigt theoretische Schwächen; Kapitel 4 von *Md Mizanur Rahman & Brenda S.A. Yeoh* über das informelle *Hundi*-Transfersystem in Bangladesch stützt sich auf alte Forschungen.

Die Aufteilung des Buches in einen kleinen Teil mit zwei Kapiteln, der sich mit den Transfersystemen und konzeptionellen Fragen beschäftigt, und einen großen mit acht Kapiteln, der die Folgen der Transfers zum Thema hat, scheint mir etwas willkürlich. Bangladesch ist prominent vertreten, wohingegen ein so wichtiges Migrationsland wie Sri Lanka gar nicht vorkommt. Die Ankündigung, eine spezifisch südasianische Perspektive zu entwickeln, wird nicht eingelöst: So gut wie alle Themen und beschriebenen Prozesse lassen sich mühelos auf andere Regionen übertragen. Der Nutzen des Bandes liegt in der breiten Skala der behandelten Themen und in der Tatsache, dass Soziologen und

Ökonomen ihre jeweiligen Forschungen zur Kenntnis nehmen können.

Ton van Naerssen

Übersetzung aus dem

Niederländischen von Detlev Haude

Richard Schuberth: *Bevor die Völker wussten, dass sie welche sind. Ethnizität, Nation, Kultur. Eine (antiessenzialistische) Einführung.* Wien: Promedia 2015, 222 Seiten

Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich um die vor zwanzig Jahren geschriebene Diplomarbeit des Autors im Fach Ethnologie. Der von ihm vertretene programmatische Antiesenzialismus war zu der Zeit in den Sozialwissenschaften noch alles andere als populär. Insofern ist die Arbeit ihrer Entstehungszeit weit voraus. Dennoch hätte man sich für die so lange verzögerte Publikation wenigstens ein aktualisierendes Nachwort gewünscht. Insbesondere die Postcolonial Studies haben im Vergleich zu der von Schuberth rezipierten Literatur (anders als dieser es ihnen zugestehen mag) nicht nur „eine Unmenge von Fallstudien“ (7), sondern auch bedeutsame theoretische Neuerungen gebracht – beispielsweise in der Verknüpfung von Antiesenzialismus und Weltsystemanalyse.

Der Band gliedert sich in drei Kapitel. Im ersten geht es um die historische Genese des „völkischen Paradigmas“ seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, im zweiten um die sozialwissenschaftliche Ethnizitätsdiskussion seit den 1920er Jahren. Im letzten Teil leistet sich der Autor „die Freiheit und das Vergnügen, mit dem Stilmittel des Aphorismus und des Essays einen Rundumschlag“ (18)

gegen den Essenzialismus zu führen, der „die analytische Strenge der wissenschaftlichen Reflexion vom Ballast terminologischer Phraseologie befreit“ (8).

Das „völkische Paradigma“ bezeichnet die Idee, die Menschheit zerfalle von Natur aus in Völker und Stämme. Diese Völker und Stämme werden als „homogene, kohärente und selbstbezogene Gesellschaften“ vorgestellt, bei denen man von „völliger Deckungsgleichheit von Sprache, Territorialität, politischer Organisation und anderen kulturellen Merkmalen“ ausgehen könne (23). Ein solches Einteilungsprinzip war der mittelalterlichen Gesellschaftsordnung fremd. „Feudaler Adel und Klerus waren universalistisch ausgerichtet“ (36), die ihnen hierarchisch untergeordnete bäuerliche Bevölkerung war in laterale, voneinander relativ isolierte und kulturell heterogene Gemeinschaften aufgesplittet. Dass diese Vorstellungswelt schließlich vom „völkischen Paradigma“ mit den Ingredienzen von kultureller Homogenität und Territorialorganisation abgelöst wurde, hat, so Schubert, in erster Linie mit dem Aufstieg des Bürgertums zu tun, das von seiner Interessenlage her notgedrungen „antifeudal und zunächst auch antihierarchisch“ (42) orientiert war, des Weiteren mit dem mit diesem Aufstieg verbundenen Fortschritt der Produktivkräfte und mit der Herausbildung absolutistischer Territorialstaaten.

Seine Geschichte der sozialwissenschaftlichen Ethnizitätsdiskussion beginnt der Autor mit Max Webers Überlegungen zur „ethnischen Gruppe“, die sich „über den subjektiven Glauben an eine gemeinsame Abstammung und Verwandtschaft“ definiert, „ganz einerlei, ob eine Blutsgemeinschaft objektiv vorliegt oder nicht“ (83 – Zitat Weber).

Nicht mehr objektive Gemeinsamkeiten, sondern nur noch der subjektive Glaube an solche sowie die Mobilisierung dieses Glaubens gelten als entscheidend. Es folgt ein Abschnitt über den sozialpsychologischen Identitätsdiskurs bei George H. Mead und Erik Erikson. Beide sahen Identität als Bestandteil und Produkt eines interaktiven Sozialisationsprozesses, wobei Mead jedoch einen dynamischen, Erikson einen statischen Begriff von Identität als mit der Adoleszenz im Wesentlichen abgeschlossenem Prozess vertrete. Für die Ethnizitätsdiskussion bedeutsam geworden seien beide vor allem dadurch, dass sie bei späteren Autoren einen Wandel von Hilfsbegriffen zur Beschreibung individueller Orientierungen hin zu der von ethnischen Kollektividentitäten erfahren hätten. Eher dynamische Überzeugungen herrschten bei den US-amerikanischen Assimilationisten und Melting-Pot-Ideologen vor, für die klar war, dass alle Immigranten irgendwann einmal ihre alten Identitäten zugunsten einer gemeinsamen amerikanischen Identität aufgeben würden. Die Renaissance ethnischer Bewegungen und Konflikte in den 1960er Jahren besiegelte das Scheitern dieses Glaubens. Primordialisten und Essenzialisten suchten die Erklärung dafür in ziemlicher Nähe zum „völkischen Paradigma“ in einem mutmaßlich allen Menschen innewohnenden „sense of natural – some would say spiritual – affinity“ (100 – Zitat Clifford Geertz) gegenüber den anderen Mitgliedern der je eigenen Sozialisationsgemeinschaft. Fredrik Barth markiert, so Schubert, einen Wendepunkt in der ethnologischen Ethnizitätsforschung. Zum Definieren der ethnischen Gruppe wird für Barth

der formale Akt der Grenzziehung nach außen. Welche kulturellen oder phänotypischen Merkmale für diese benützt würden, entscheide sich alleine danach, welche Unterschiede von den jeweiligen Akteuren als signifikant definiert würden. Auf diesen Barth'schen Überzeugungen bauen die von Schubert in drei weiteren Unterkapiteln behandelten „Formalisten“ (v.a. Ronald Cohen, Leo Despres), „Zirkumstanzialisten“ (v.a. Abner Cohen) und Marxisten (v.a. Eric Wolf) allesamt auf. Sie rügen nur (mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen) Barths Blauäugigkeit gegenüber Konflikten sowie seine Vernachlässigung der Situationsgebundenheit, Wandelbarkeit und Interessenabhängigkeit der ethnischen Grenzziehung. Den Ausweg aus nahezu allen verbleibenden Dilemmata der Ethnizitätsforschung sieht Schubert in Pierre Bourdieus Habitus-Konzept, welches es erlaube, „das subjektive Selbstverständnis der Akteure als Produkt objektiver Strukturen und die Persistenz dieser gleichzeitig als Produkt der subjektiven Selbstverständnisse zu sehen“ (110).

Im abschließenden dritten Teil „Das Designing von Ethnizität und Kultur“ kann der Autor seiner Sprachgewalt endlich freien Lauf lassen. Wegen seines aphoristischen und essayistischen Charakters ist es schwierig, dieses Kapitel entlang eines einzelnen durchgängigen Erzählstrangs zu referieren. Ein Argument immerhin taucht immer wieder auf und soll hier im Wortlaut wiedergegeben werden: „Der moderne Mensch will von der Kälte der Verstandeslogik, ihren kategoriellen Vereinheitlichungen und begrifflichen Grenzziehungen sich in die Vorstellungen wärmespendender traditionaler Kulturen beurlauben lassen,

und ahnt nicht, wie sehr auch diese bereits Produkte ihrer Vermessung, Vereinheitlichung und begrifflichen Eingrenzung darstellen“ (165). „Kultur- und Sozialwissenschaftler sowie wohlmeinende Kulturschützer“ (169) haben an diesem Reifikationsprozess gewaltigen Anteil. Ihnen gilt der besondere Zorn des Autors, vor allem deshalb, weil sie in aller Regel „das Recht auf kulturelle Differenz über das auf menschenwürdige Lebensbedingungen stellen“ (178). Was hinter der „Karnevalsseite“ der so beschworenen Ethnizität unter den Tisch fällt, sind die Ungereimtheiten, Widersprüche und Konflikte, von denen keine Gesellschaft frei ist. Für seinen Teil hegt Schubert gewaltige Zweifel, ob „der verzweifelte Ruf nach der verlorenen Kultur genauso laut und markerschütternd erschallt(e), wenn all denen, deren einigermaßen traditionelle Kulturen vom Sog der Moderne erfasst wurden, unmittelbar nach deren Zerstörung Ausbildungskurse, Aufsichtsratsposten bei amerikanischen oder japanischen Konzernen, eine ausreichende Anzahl an Aktienkapital, Villen, Autos ... gewährt würde“ (190).

In der Gesamtbetrachtung hat mir der „unwissenschaftliche“ dritte Teil nicht nur ästhetisch besonderes Vergnügen bereitet, er scheint mir auch „wissenschaftlich“ nicht weniger ergiebig zu sein als die beiden ersten. Insbesondere im zweiten Teil führt das krampfhaft Bemühen des Autors, seinen Sprachfluss in das Regelwerk der wissenschaftlichen Terminologie hineinzuzwängen, vielerorts zu sprachlichen Missgeburten, die das Schlechteste aus beiden Welten in sich vereinen. Die Lesbarkeit leidet entsprechend. Muss man denn (um nur eines von zig Beispielen zu zitieren)

wirklich formulieren, dass „die Diakritika, die den In- bzw. Exklusivitätslevel bestimmen, stets mit der Aura der gemeinsamen Deszendenz behaftet werden“ (116)? Max Weber hatte den gleichen Gedanken in der oben zitierten Textstelle sehr viel einfacher und präziser ausgedrückt. Weiterhin weist dieses Kapitel – bei aller grundsätzlichen Einigkeit des Rezensenten mit dem Autor – leider auch handwerkliche Mängel auf. Man muss kein Purist sein, der generell nur Originalzitate für zulässig hält. Aber Max Weber ausschließlich aus zweiter Hand zu zitieren, noch dazu mit zwei Textstellen aus einer einzigen Seite von „Wirtschaft und Gesellschaft“, und ihn dann auch noch als naiven Modernisierungstheoretiker abzustempeln – was erstens generell Unsinn und zweitens aus der zitierten Seite schon gar nicht herauszulesen ist – geht in einer wissenschaftlichen Publikation einfach nicht an. Und was mit Weber beginnt, wird dann mit George H. Mead, Erik Eriksen, Robert E. Park, Nathan Glazer & Daniel Moynihan, Immanuel Wallerstein, Pierre Bourdieu und Michel Foucault fortgesetzt. Sie alle werden ausschließlich oder fast ausschließlich aus zweiter Hand zitiert – mit allen zu erwartenden Verkürzungen und Einseitigkeiten. In einer Diplomarbeit mag dies noch angehen – zumal der Autor auch so außergewöhnlich viel Arbeit investiert hat. In einer Publikation 20 Jahre post festum hätte er hier aber unbedingt nachbessern müssen. So bleibt ein schaler Beigeschmack an einem Werk, das auf der anderen Seite jedoch große Zustimmung verdient, weil es die entscheidenden Fragen anspricht und viele überzeugende Antworten liefert.

Gerhard Hauck

Buchbesprechungen zu neueren Arbeiten zur lateinamerikanischen Ideengeschichte

Constantin von Barloewen, Manuel Rivera & Klaus Töpfer (Hg.): *Nachhaltige Entwicklung in einer pluralen Moderne. Lateinamerikanische Perspektiven*. Berlin: Matthes & Seitz Berlin 2013. 550 Seiten

Patricia Funes: *Historia mínima de las ideas políticas en América Latina*. Madrid: Turner Publicaciones 2014, 284 Seiten

Der erste hier zu besprechende Band entstand aus einem Symposium am *Institute for Advanced Sustainability Studies* (IASS) in Potsdam. Neben den Vorträgen wurden auch Tiefeninterviews mit EntscheidungsträgerInnen in Lateinamerika geführt, die aber wohl eher indirekt in Einleitung und Epilog eingeflossen sind. Er rückt den Begriff der Nachhaltigkeit, der im Industrieland Bundesrepublik Deutschland mittlerweile eine enorme Bedeutung erlangt hat, in den Vordergrund. Obwohl der Begriff in den Beiträgen lateinamerikanischer Regierungsmitglieder und verschiedener AutorInnen auftaucht, besitzt er in der Öffentlichkeit der Länder Süd- und Mittelamerikas nicht annähernd den gleichen Stellenwert wie in der BRD.

Der Band ist zwischen einer Einleitung von *Constantin von Barloewen* und *Manuel Rivera* sowie einem 140 Seiten umfassenden, kulturanthropologisch ausgerichteten Epilog von von Barloewen in vier große Abschnitte gegliedert. Eingangs geht es um Wissen

und zivilisatorische Fragen. Auf einen Text des französischen Denkers *Edgar Morin* folgen Beiträge lateinamerikanischer AutorInnen, u.a. von *Gilberto Gil* (ehemaliger Kulturminister in Brasilien), *Pedro Morandé* (Kultursoziologe in Chile), *Óscar Rodríguez Maradiaga* (Erzbischof von Tegucigalpa und Kardinal) sowie ein persönlich gehaltener Beitrag des Befreiungsphilosophen und Theologen *Enrique Dussel*. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit Brasilien und dort besonders mit ökologischen Fragen. Die Frage nach dem „Guten Leben“, die auch von verschiedenen indigenen Bewegungen behandelt wird, greift der dritte Abschnitt unter der Überschrift „Alternative Stimmen“ auf. Es schreiben AutorInnen aus Ecuador, Bolivien, Uruguay und Venezuela. *Eduardo Gudynas* behandelt Ansätze zur Frage des „Guten Lebens“ und zwar auch solche, die im Gegensatz zur westlichen Denkweise stehen, so etwa beim *Vivir Bien* in Bolivien, dort besonders im *suma qamana* der Aymara sowie im *sumak kawsay* der Kichwa aus Ecuador. In die neuen Verfassungen von Ecuador und Bolivien wurde die Idee des „Guten Lebens“ aufgenommen, in Bolivien wird vom plurinationalen Staat gesprochen. Die Agenda des „Guten Lebens“ bezeichnet Gudynas als post-extraktivistisch, womit sie sich auch von dem Wirtschaftskonzept Venezuelas absetze. Schließlich geht der vierte Abschnitt auf die staatliche Entwicklung und die Demokratie ein. Hier finden sich ehemalige Politiker wie der chilenische Ex-Präsident *Ricardo Lagos*, Politikwissenschaftler wie *Klaus Bodemer* und der Mexikaner *Enrique Krauze*, einer der wenigen bekennenden Liberalen unter den Intellektuellen Lateinamerikas.

Besonders in dem Einleitungs- und Schlussbeitrag geht es um das philosophische Denken und das Selbstverständnis in Lateinamerika. Von Barloewen selbst schreibt in seinem Schlusskapitel darüber: „Lateinamerika könnte hier als Vorbild für eine künftige Welt dienen, da es eine archipelische Welt verkörpert, indem es interkulturelle und interreligiöse Traditionen vereint. Es bezieht seine Identität nicht aus einer Wurzel, sondern aus einem Wurzelgeflecht“ (415). Kennzeichnend für das politische und soziale Denken in der Region bleibt jedoch ein spezifischer Nationalismus bzw. Kontinentalismus, der sich in einer Negativ-Abgrenzung nach außen richtet. Da der Nationalstaat (fälschlicherweise) bereits in der Einleitung für obsolet erklärt wird, kommt er in den folgenden Beiträgen kaum vor. Für das politische Denken und Handeln bis hin zu den neueren Mitte-Links-Regierungen, die von ausländischen BeobachterInnen zuweilen als Nationalpopulismus bezeichnet werden, bleibt er indessen konstitutiv.

Eine wichtige Rolle spielen hingegen in den Beiträgen Formen des mythischen, religiösen und indigenen Denkens. Diese Sichtweise kann aufgrund der langjährigen Vernachlässigung solcher Fragen nur begrüßt werden, allerdings könnten die Beiträge stärker in den historischen und aktuellen Kontext gestellt werden. In den zu fast 80% urbanisierten lateinamerikanischen Gesellschaften hat die katholische Kirche mit den Herausforderungen einer Großstadtseelsorge zu kämpfen, sie steht darüber hinaus in Konkurrenz mit Freikirchen und neuen religiösen Bewegungen. Diese vertreten teilweise individualistische und am Erwerbshandeln orientierte Vorstellungen. In einigen Ländern sollen sie um die 30% der

religiös Gestimmten ausmachen, dabei sind „Mehrfachmitgliedschaften“ keine Seltenheit.

Es fällt auf, dass gängige und umfangreiche Studien zur lateinamerikanischen Ideengeschichte nur in den Anmerkungen Erwähnung finden. Dies gilt besonders für die Beiträge des mexikanischen Kulturphilosophen Leopoldo Zea (1912-2004), der ab Mitte des 20. Jh. nicht nur substantielle Beiträge zu einer Ideengeschichte aus lateinamerikanischer Perspektive veröffentlichte, sondern auch Ideengeschichten zu verschiedenen lateinamerikanischen Ländern anregte, die teilweise nach wie vor als Standardwerke gelten können. Zentren für die Erforschung der Ideengeschichte waren und sind traditionell Mexiko, Argentinien und in jüngerer Zeit auch Chile. Zeas Ansatz einer Geschichtsphilosophie aus lateinamerikanischer Perspektive muss man gerade in seiner etwas überzogenen Kritik an Georg Wilhelm Friedrich Hegel nicht teilen, aber sie verdient eine eingehende Beschäftigung, wenn über Fragen der Entwicklung und Moderne nachgedacht wird. Dies gilt ebenso für die Veröffentlichungen und Sammelbände von Carlos Altamirano und die Beiträge argentinischer AutorInnen zu einer spezifischen lateinamerikanischen Modernität. Versuche zu einer Synthese hat es in neuerer Zeit in den Darstellungen von Eduardo Deves sowie weiterer chilenischer AutorInnen gegeben.

Wichtige Autoren des lateinamerikanischen Denkens (wie Octavio Paz u.a.) tauchen hin und wieder im Text auf, nicht aber im abschließenden Literaturverzeichnis. Darüber hinaus fallen einige Nachlässigkeiten unangenehm auf. Beispielsweise wird der Nachname von Jorge Castañeda fälschlicherweise Castanieda

geschrieben (325); Gustavo Gutiérrez wird als Armenbischof bezeichnet (23), was nur im übertragenen Sinne gelten kann, denn damals wurden Befreiungstheologen nicht zu Bischöfen ernannt. Ferner hätten einzelne Begriffe aus den indigenen Sprachen erläutert werden können.

Der Leser ist nach der Lektüre der Beiträge ein wenig ratlos: Wer sich mit der Geistes- und Ideengeschichte Lateinamerikas ein wenig auskennt, der wird etliche Standardwerke und AutorInnen vermissen. Den AnhängerInnen nachhaltiger Entwicklung werden Fragen bleiben, ob und wie es in dieser Richtung weitergeht, zumal sie nicht sicher sein können, hier wirklich die wichtigen AkteurInnen gelesen zu haben.

Patricia Funes wird ihrem Anspruch, in ihrem Buch eine kurze Geschichte der politischen Ideen in Lateinamerika vorzulegen, über weite Strecken zumindest bis Ende des 20. Jh. gerecht. Nach einer sehr knappen Einführung, die vier Koordinaten bei den politischen Ideen Lateinamerikas erkennt: Modernität, Krise, Nation und Revolution, ist der Text in drei große Abschnitte untergliedert. Im ersten Teil geht es um die Unabhängigkeit von Spanien und Portugal. Die argentinische Wissenschaftlerin der Universität in Buenos Aires versucht keine Bilanz der Unabhängigkeitsbewegung, eine Diskussion über den Charakter der „Revolutionen“ gegen Spanien findet nicht statt. Stattdessen zählt sie verschiedene Merkmale der damaligen Debatten und Kontroversen auf (z.B. 38), verzichtet aber darauf, die Argumente zu entfalten. Sie zieht Belege aus unterschiedlichen Ländern heran, ohne dies zu begründen. Erstaunlicherweise kommt

der lateinamerikanische Positivismus nur sehr kurz vor, ausführlicher werden die Hundertjahrfeiern (*Centenarios*) geschildert. Sie bedeuteten den Schwangesang auf die alte oligarchische Ordnung, auf die Autorin allerdings nicht näher eingeht.

Der zweite Teil behandelt Themen wie Lateinamerika als Utopie, die mexikanische Revolution sowie die Kontroverse zwischen den Peruanern Haya de la Torre und Carlos Mariátegui. Anschließend folgen Ausführungen zum klassischen Populismus, d.h. u.a. zu Getulio Vargas, dem Präsidenten Brasiliens in den Jahren 1930-1945 und 1950-1954. Hier wie in anderen Teilen des Buches geht Funes auch relativ ausführlich auf die Entwicklung in Argentinien ein.

Im dritten Teil beleuchtet die Autorin die Auswirkungen der kubanischen Revolution auf die lateinamerikanischen Akademiker, wobei sie dem Jahr 1967 mit dem Treffen der Organisation für lateinamerikanische Solidarität in Havanna, der Veröffentlichung des Buches *Revolution in der Revolution* von Régis Debray sowie der Fertigstellung des Buches *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika* von Fernando Henrique Cardoso & Enzo Faletto eine hohe Bedeutung beimisst. Kurz fällt dagegen das Kapitel „Revolution und Dritte Welt“ aus.

Obwohl die Autorin in einer bibliographischen Notiz eine Vielzahl vor allem lateinamerikanischer Texte zur Ideengeschichte erwähnt, verzichtet sie leider auf Anmerkungen und Fußnoten. Dies mag der Lesbarkeit partiell entgegenkommen, es schmälert jedoch den Wert des Buches erheblich. Es fällt auf, dass ab Mitte des 20. Jh. die Darstellung zunehmend von der politischen Ereignisgeschichte bestimmt wird, die Texte rücken dagegen

in den Hintergrund. Für diese Zeit zitiert Funes wenige Denker, bevorzugt Argentinier wie Raúl Prebisch, Gino Germani und Ernesto Laclau. Die ausländische Rezeption, die zu den *Dependencia*-Ansätzen umfangreich und auch kritisch war, nimmt sie nicht zur Kenntnis. Im wichtigen Kapitel „Intellektuelle und politischer Kompromiss“ beschreibt sie die Wirkung der kubanischen Revolution bis hin zum 11. September 1973, d.h. dem gegenrevolutionären Staatsstreich unter Augusto Pinochet, der zum Sturz der Regierung von Salvador Allende in Chile führte. Dementsprechend endet das Buch praktisch mit dem „Staatsterrorismus“ der Militärdiktaturen, der Re-Demokratisierung seit den späten 1980er Jahren und den Versuchen einer Aufarbeitung der verschiedenen Gewaltherrschaften, wobei erneut das argentinische Beispiel im Vordergrund steht. Um die Dramatik der damaligen Auseinandersetzung im Zeichen des Kalten Krieges zu begreifen, wäre möglicherweise eine etwas detailliertere Analyse des Weltbestsellers *Die offenen Adern Lateinamerikas* von Eduardo Galeano hilfreich gewesen, den die Verfasserin selber zu Recht als erfolgreichsten Essay der neueren lateinamerikanischen Geschichte bezeichnet. Die Entwicklung in der sog. verlorenen Dekade, die neueren Mitte-Links-Regierungen, der Nationalpopulismus sowie das liberale und konservative Denken kommen praktisch nicht vor. Eine Beziehung zum europäischen Denken wird vor allem im ersten Teil hergestellt, ein Fazit fehlt.

Das über weite Strecken gut lesbare und interessante Buch hätte durch etwas mehr Systematik sicherlich gewinnen können. Für wissenschaftlich Interessierte ist das Fehlen von Anmerkungen

und Zitatnachweisen ein großer Nachteil. Zudem bleibt leider ein Teil der auf

dem Umschlagdeckel aufgeworfenen Fragen unbeantwortet.

Nikolaus Werz

Eingegangene Bücher

Armao, Fabio: *Inside War: Understanding the Evolution of Organised Violence in the Global Era*. Berlin: de Gruyter 2016, 205 S.
ISBN: 9783110471199

Ataç, İlker; Michael Faniyadeh & Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit – VIDC: *Türkei. Kontinuitäten, Veränderungen, Tabus*. Wien: Mandelbaum 2016, 208 S.
ISBN: 9783854766513

Banzhaf, Anja: *Saatgut – wer die Saat hat, hat das Sagen*. München: oekom 2016, 272 S.
ISBN: 9783865817815

Basler Afrika Bibliographien (Hg.): *2015 Jahresbericht – 2015 Annual Report*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2016, 88 S.
ISSN: 1424-2931

Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.): *Mehr geht nicht! Der Postwachstums-Reader*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft 2015 (= Edition Blätter), 336 S.
ISBN: 9783980492591

Clark, Ian: „A Peep at the Blacks“. *A History of Tourism at Coranderrk Aboriginal Station, 1863-1924*. Berlin: de Gruyter 2016, 264 S.
ISBN: 9783110468236

Daniel, Antje: *Organisation – Vernetzung – Bewegung. Frauenbewegungen in Kenia und Brasilien*. Münster u.a.: LIT 2015 (= Beiträge zur Afrikaforschung, Bd. 62), 464 S.
ISBN: 9783643130747

Dinkel, Jürgen: *Die Bewegung Bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927-1992)*. Berlin: de Gruyter Oldenbourg 2015 (= Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 37), 364 S.
ISBN: 9783110404098

Fadaee, Simin (Hg.): *Understanding Southern Social Movements*. Abingdon (Oxon): Routledge 2016, 208 S.
ISBN: 9781138898004

Fischer, Karin; Gerhard Hauck & Manuela Boatcă (Hg.): *Handbuch Entwicklungsforschung*. Heidelberg: Springer VS 2016, 378 S.
ISBN: 9783658047894

Köbler, Reinhart: *Namibia and Germany. Negotiating the Past*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2015, 392 S.
ISBN: 9783896918574

Luescher, Thierry M.; Manja Klemenčič & James Otieno Jowi: *Student Politics in Africa. Representation and Activism*. Cape Town: African

Minds 2016 (= African Minds Higher Education Dynamics Series, Bd. 2), 280 S.
ISBN: 9781928331223

Lutz-Auras; Ludmilla, & Pierre Gottschlich (Hg.): *Menschen, Macht und Mauern. Fallbeispiele und Perspektiven. Festschrift zum 85. Geburtstag von Dieter Oberndörfer*. Wiesbaden: Springer VS 2016, 406 S.
ISBN 9783658124984

Motta, Renata: *Social Mobilization, Global Capitalism and Struggles over Food. A Comparative Study of Social Movements*. Abingdon: Routledge 2016, 204 S.
ISBN: 9781472479082

MultiWatch (Hg.): *Schwarzbuch Syngenta. Dem Basler Agromulti auf der Spur*. Zürich: edition 8, 250 S.
ISBN: 9783859902831

Namhila, Ellen Ndeshi: *Recordkeeping and Missing „Native Estates“ Records in Namibia. An Investigation of Colonial Gaps in a Post-colonial Archive*. Tampere: Tampere UP 2015, 297 S.
ISBN 9789514498831

Rahmani, Zahia; Jean-Yves Sarazin & Cécile Degos (Hg.): *Made in Algeria. Généalogie d'un territoire*. Marseille: Le Mucem 2016 (= Ausstellung und Katalog), 240 S.
ISBN: 9872754108669

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): *Hart an der Grenze*. Berlin: RLS 2016 (= Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 1/2016), 144 S.
ISSN: 1869-0424

Spittler, Gerd: *Anthropologies der Arbeit. Ein ethnographischer Vergleich*. Wiesbaden: Springer VS 2016, 301 S.
ISBN 9783658104337

Wemheuer, Felix (Hg.): *Marx und der globale Süden*. Köln: PapyRossa 2016, 326 S.
ISBN 9783894386054

Wong, Tom K.: *Rights, Deportation, and Detention in the Age of Immigration Control*. Redwood City, CA: Stanford University Press 2015, 2015 S.
ISBN: 9780804793063

Zimmerer, Jürgen, & Joachim Zeller (Hg.): *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) und seine Folgen*. 3., aktualisierte Aufl. Berlin: Ch. Links 2016, 278 S.
ISBN 9783861538981